



## Aktuelle Debatte

—

Fraktion DIE LINKE

### **Für eine aktive Industriepolitik - für gute Arbeits- und Lebensbedingungen in Ostdeutschland**

Es wird beantragt, zur 26. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt am 11./12./13./14. Dezember 2023 eine Aktuelle Debatte zum o. g. Thema durchzuführen.

#### **Begründung**

Die erfolgreiche Klage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen die Umwidmung von Haushaltsmitteln zugunsten des Klima- und Transformationsfonds im Bundeshaushalt droht radikale Einschnitte für die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands nach sich zu ziehen. Das betrifft nicht nur die Infragestellung der Subvention für die Intel Ansiedlung in Magdeburg, sondern unter anderem auch die notwendigen Zuschüsse für den Aufbau eines Wasserstoffkernnetzes in Sachsen-Anhalt. Die drohende Streichung des Bundeszuschusses für die Reduzierung der Netzentgelte trifft Gewerbe und Privathaushalte in gleicher Art und Weise und hat aufgrund der immer noch deutlich geringeren Gehälter in Ostdeutschland gravierende Auswirkungen. Ähnliches trifft auf die fatale Infragestellung der grundgesetzlich erforderlichen Erhöhung des Bürgergeldes zu.

Obwohl immer deutlicher wird, dass die unzureichende Besteuerung von hohem Vermögen und Kapitalerträgen, kombiniert mit einer wirtschaftspolitisch völlig kontraproduktiven Schuldenbremse, verheerende Auswirkungen auf die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland hat, ist leider immer noch nicht zu erkennen, dass ausreichende Mehrheiten diesen politischen Fehler grundsätzlich korrigieren.

Wirtschaftssubventionen alleine sind jedoch nicht ausreichend, um gute Arbeits- und Lebensbedingungen für Ostdeutschland zu schaffen, wenn sie nicht an eine Stärkung von Mit-

bestimmung der Beschäftigten und der Tarifbindung einhergehen. Dies zeigt sich unter anderem aktuell bei der Tarifaufeinandersetzung der NGG mit dem Arysza-Konzern, dessen Standort in Eisleben mit hohen staatlichen Subventionen errichtet worden und hochproduktiv ist. Trotzdem sind die bisherigen tariflichen Regelungen, so wie häufig in dem Bereich der Nahrungsmittelindustrie, völlig unzureichend.

Aktive Industriepolitik, also die forcierte Modernisierung der industriellen Grundlagen im 21. Jahrhundert, muss mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen einhergehen, um Abwanderung zu verhindern und effektive Fachkräfteanwerbung zu ermöglichen.

Eva von Angern  
Fraktionsvorsitz